



Damit Sie draußen wissen,  
was drinnen vorgeht

www.kpoe-steiermark.at  
**Steirische  
Volksstimme**

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen: 3.6. und 1.7. 2014

# Aus dem steirischen Landtag

**KPÖ** informiert aus erster Hand



## Wohnungskrise

„Erhöhung der Wohnbeihilfe und Zweckbindung der Wohnbaumittel sind Gebot der Stunde“

In zwei Dringlichen Anfragen und sechs Anträgen thematisierte die KPÖ am 1. Juli im Landtag die Wohnungsproblematik in der Steiermark. Es werden viel zu wenige neue Sozialwohnungen errichtet. Immer weniger Steirerinnen und Steirer bekommen Wohnbeihilfe. Manchen droht der Verlust ihrer Wohnung.

Durch massive Kürzung der Wohnbeihilfe im Jahr 2011 haben immer mehr Menschen Probleme, ihre Wohnung zu finanzieren. Viele Steirer wenden schon 50 bis 60 Prozent ihres Nettoeinkommens für Miete und Betriebskosten auf. Eine Erhöhung und Valorisierung der Wohnbeihilfe, wie sie die KPÖ fordert, ist dringend geboten. 2013 stiegen die Mieten durchschnittlich um 3,6 %, auch die Instandhaltungs- (2,2 %) und Betriebskosten (1,7 %) sorgen für einen enormen Anstieg der Wohnkosten. Das ist EU-weiter Spitzenwert. Langfristig ist die Wohnbeihilfe aber keine Lösung, weil sie überbeuerten Wohnraum subventioniert. Die Lösung ist: mehr sozialer Wohnbau, mehr Gemeindewohnungen! Nur das garantiert ein ausreichendes Angebot an leistbarem Wohnraum.

Ein weiteres Problem sind die starken Erhöhungen der Darlehensrückzahlung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1989 und der Novelle 1993 (Annuitätenzuschüsse). Immense Rückzahlungen, hoch verzinst, führen zur einer Erhöhung der Mieten, die in vielen Fällen mehrere hundert Euro betragen. Die KPÖ will, dass das Land wieder auf Darlehen umstellt. „Es ist nicht im Sinne der Bevölkerung, wenn das Land Bank spielt und teure Kredite vergibt“, betont Murgg.

Die KPÖ brachte im Anschluss an die Anfragebeantwortungen, in denen Wohnbaulandesrat Seitinger (ÖVP) die Befürchtungen der KPÖ teilweise bestätigte und Soziallandesrat LH-Stv. Schrittwieser (SPÖ) bemüht war, darauf hinzuweisen, dass er das Thema Wohnen nicht aus den Augen verloren habe, im Rahmen der europäischen Austeritätspolitik aber keine Möglichkeiten habe, die auch auf von der SPÖ erhobenen Forderungen umzusetzen, sechs Anträge ein:

- Befreiung der Annuitätenzuschüsse von Verzinsung
- Umstellung von Annuitätenzuschüssen auf Landesdarlehen
- kein Verkauf von Landesfor-

- derungen
- Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbaumittel
- Ausweitung und Anhebung der Wohnbeihilfe
- Sonderwohnbeihilfe für Härtefälle bei exzessiven Mietsprüngen durch Landesdarlehenstilgungen.

**Alle Vorschläge scheiterten an den Neinsagern von SPÖ und ÖVP**, die die Vorschläge zuvor in ihren Wortmeldungen unterstützt haben. Die Erhöhung der Wohnbeihilfe wurde auch von der FPÖ abgelehnt.

*Wohnungsstadträtin Elke Kahr und die Landtagsabgeordneten Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler (v.l.n.r.) setzten sich für erschwierlichen Wohnraum ein.*



### Voves kündigt schon JETZT Einschnitte für 2016 an

*Klimt-Weithaler (KPÖ):*

„Budgetschwindel auf Kosten der steirischen Bevölkerung“

SPÖ und ÖVP haben sich angesichts miserabler Wahlergebnisse entschlossen, weitere Kürzungspakete auf die Zeit nach der nächsten Landtagswahl zu verschieben. Nichts anderes bedeutet die Ankündigung von LH Voves, es werde „keine neuen Einschnitte vor dem Wahljahr“ geben.

LABg. Klimt Weithaler: „SPÖ und ÖVP haben sich ihre eigene Realität erschaffen. Sie schließen Schulen, verkaufen Krankenhäuser und Pflegeheime, kürzen überall, wo sozial Schwache und Menschen

mit Behinderung betroffen sind. Sie belasten die Familien. Trotzdem hinterlassen sie der Steiermark einen Schuldenrekord. Die Budgetkonsolidierung beruht auf einem riesigen Budgetschwindel, so wird z.B. die KAGES-Immobilienanleihe im Umfang von 1,2 Milliarden Euro einfach ausgeklammert.“

Und weiter: „Am Ende der Ära Voves-Schützenhöfer wird eine tief gespaltene Steiermark mit stark ausgedünnten Regionen und spürbar gesunkener Kaufkraft stehen“, so die KPÖ-Abgeordnete.



# Pendlerbeihilfe: Zukunft ungewiss

Bis zum ersten Kürzungsbudget der „Reformpartnerschaft“ im Jahr 2011 zahlte das Land Steiermark direkt eine Pendlerbeihilfe aus. Diese wurde zur Gänze vom Land finanziert. Die KPÖ setzt sich seither für die Wiedereinführung ein. In der Sitzung des Sozialausschusses wurde ein entsprechender KPÖ-Antrag erneut auf die lange Bank geschoben, so Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

2011 wurden die Leistungen teilweise von der AK übernommen. Das bedeutet, dass sich die Pendlerinnen und Pendler die Beihilfe aus ihren Beiträ-

gen selbst finanzieren müssen. Kleinverdiener profitierten von dieser Beihilfe, da sie anders als das Pendlerpauschale des Bundes eine Direktzahlung war.

Die derzeitige Form der Beihilfe ist unzureichend. Den Höchstbetrag von 389 Euro bekommt nur, wer monatlich (14 Monatsgehälter) weniger als 870 Euro brutto verdient und eine Wegstrecke (Hin- und Retourweg) von mehr als 150 km zurücklegt. Diese Kriterien werden äußerst selten erfüllt. 70 % der Beihilfen werden an Frauen ausbezahlt. Im letzten Jahr wurden insgesamt 1.123.000 Euro



Obfrau des KPÖ-Landtagsklubs: Claudia Klimt-Weithaler

an 9.711 Personen ausbezahlt. Daraus ergibt sich ein durchschnittlicher Förderbetrag von 116 Euro pro Jahr.

Klimt-Weithaler: „Die Beihilfe des Landes war für Pendlerinnen und Pendler eine wichtige Unterstützung, die dem Kürzungsfonds von Voves und Schützenhöfer zum Opfer gefallen ist. Die Zukunft der von der AK abgewickelten Ersatzleistung ist unklar. Die KPÖ wird weiter darauf drängen, die Beihilfe abzusichern und wieder zu einer Leistung des Landes zu machen.“



## KPÖ warnt: Land will heimische Museen abräumen

*SPÖ beantragt, Kulturtopf umzuschichten:  
Weniger Geld für Museen, mehr Geld für  
Selbstdarstellung der Regierung*

Eine Neuaufteilung der Rundfunkabgabe setzt heimische Bildungseinrichtungen unter Druck. Der schwach dotierte Topf für heimische Museen und Sammlungen und Kultureinrichtungen wird weiter ausgeräumt, die Mittel fließen künftig in „Allgemeine Widmung“, aus dem unter anderem „Öffentlichkeitsarbeit“ finanziert wird. Das beantragte die SPÖ.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler lehnt diese Vorgangsweise ab und erinnert daran, unter welchen schwierigen Bedingungen steirische Museen und Sammlungen schon jetzt arbeiten müssen. Einrichtungen wie das Freilichtmuseum in Stübing oder das österreichische Kabarettarchiv

wären beinahe der verfehlten Kulturpolitik zum Opfer gefallen, wenn sich nicht breiter Widerstand geregt hätte.

Nach der derzeit geltenden Zweckwidmung bei der seinerzeit „Kulturschilling“ genannten Abgabe sind 26% der Erträge für Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich von Museen und Kultureinrichtungen zu verwenden. Dieser Anteil soll nun im Rahmen einer von der SPÖ beantragten Novellierung des steiermärkischen Rundfunkabgabengesetzes auf 15 % sinken.

Zwar verbleibt der restliche Betrag weiterhin im Bereich der Sport- und Kulturförderung, jedoch kann der Großteil des bisher für die Erhaltung der Museen zweckgewidmeten Geldes für völlig andere Zwecke verwendet werden – unter anderem für als „Öffentlichkeitsarbeit“ deklarierte Selbstdarstellung und Eigenwerbung der „Reformpartner“.

Klimt-Weithaler: „Die bisherige Aufteilung dient der Sicherung der heimischen Museen. Durch die Novelle werden viele heimische Institutionen früher oder später Probleme bekommen. Sie dient nur dazu, einigen Regierungsmitgliedern mehr Geld zur Selbstinzenierung zur Verfügung zu stellen.“

## Glücksspiel: Ein schwarzer Tag für die Steiermark

*Klimt-Weithaler (KPÖ) warnte im Landtag vor gesellschaftlichen Folgen – „Kapitulation vor Glücksspielkonzernen“*

60.000 bis 80.000 direkt oder indirekt von der Spielsucht Betroffene gibt es nach offiziellen Zahlen des Landes in der Steiermark. In fast allen Fällen steht die Spielsucht in Zusammenhang mit Spielautomaten. Trotzdem haben SPÖ, ÖVP und FPÖ am 1. Juli ein neues steirisches Glücksspielgesetz beschlossen, das Tausenden den Ruin, den Glücksspielkonzernen aber maximale Profite bringen wird.

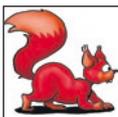
Die KPÖ kämpft seit Jahren für einen Ausstieg des Landes aus dem „Kleinen Glücksspiel“, das unzählige Existenzen ruiniert hat. Leidtragende sind nicht nur die Spielsüchtigen, sondern auch ihre Angehörigen. Steiermarkweit wird es ab dem Jahr 2016 Zulassungen für knapp über 1000 Automaten in Mini-Casinos geben. Drei Lizenzen werden dafür für 12 Jahre an Glücksspielkonzerne vergeben.

Trotz aller Einwände und Warnungen hat der steiermärkische Landtag beschlossen, dass es künftig legal möglich sein wird, bei Einsätzen von 10

Euro pro Spiel (bisher 50 Cent) und einem Höchstgewinn von 10.000 Euro (bisher 20 Euro) und einer vorgeschriebenen Pause zwischen Spielen von einer Sekunde in 24 Stunden bis zu 828.000 Euro zu verlieren. Der bundesgesetzliche Rahmen wird damit voll ausgeschöpft.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Was in diesem Gesetz steht, hat nichts mehr mit ‚Kleinem Glücksspiel‘ zu tun. Die gesellschaftlichen Folgen sind unabsehbar, die Spielsucht hat schon jetzt fatale Auswirkungen auf tausende steirische Familien. Die Politik hat total versagt: Statt die Betroffenen zu schützen, haben sich die Regierungsparteien ein Gesetz diktiert lassen, das einer Kapitulation vor den Glücksspielkonzernen gleichkommt.“

Ein Novum waren auch das Lob und der Applaus von SP-Abg. Max Lercher für FPÖ-Klubobmann Amesbauer, der Lercher eine „konstruktive Kraft“ nannte, weil die FPÖ bei der Päckerei mit der Automatenindustrie mitmacht.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: Itk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



# Landtag schafft Regress ab – KPÖ-Forderungen durchgesetzt

*KPÖ-LAbg. Murgg: Rechnungshof kann geförderte Heime künftig prüfen*

Jahrelang sorgte der Regress, den es in dieser Form nur in der Steiermark gab, für großen Unmut in der Bevölkerung. Durch beharrlichen Protest und unermüdete Überzeugungsarbeit innerhalb und außerhalb des Landtags lenkte die Landesregierung schließlich ein. Nun beschloss der Landtag die lange überfällige Abschaffung der Rückersatzpflicht bei Pflege und Mindestsicherung ab 1. Juli 2014.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg rechnete LR Drexler im Landtag an, dass dieser den Regress tatsächlich zurücknimmt und gleichzeitig weitere Forderungen der KPÖ in das neue Gesetz einfließen lässt. So darf der Landesrechnungshof künftig alle Einrichtungen überprüfen, die vom Land Steiermark Förderungen beziehen.

Über 20.000 Steirerinnen und Steirer haben im Vorjahr die Petition der KPÖ für eine Abschaffung des Regresses unterschrieben. Diese Petition bezog sich nicht nur auf den Pflege-, sondern auch auf den Mindestsicherungsregress. Dass Letzterer nun auch abgeschafft wird, ist erfreulich, da Menschen in schwierigen Lebenslagen künftig nicht fürchten müssen, durch Inanspruchnahme einer Unterstützung die eigene Familie zu belasten.

Die KPÖ drängt darauf, dass die zukünftige Pflegefinanzierung durch Umsetzung der Anregungen des Rechnungshofs – u.a. durch einen Ausstieg aus gewinnorientierten privaten Pflegeheimen – gesichert wird und nicht durch politische Verzweiflungstaten wie Privatisierungen oder weitere Kür-

zungspakete im Sozial- oder Bildungsbereich.

„Wir müssen vom System der gewinnorientierten Heime wegkommen. Dann ist auch eine steuerfinanzierte Lösung

möglich. Eine Pflegeversicherung würde letztlich dazu dienen, die Profite von auf die Pflege spezialisierten Firmen zu subventionieren“, so Murgg.



**PROTEST WIRKT.** Das von der KPÖ hartnäckig verfolgte Ziel, den Regress abzuschaffen, zeigte Wirkung: Die Landesregierung sah sich gezwungen, den Regress mit 1. Juli 2014 abzuschaffen.

## „Förderung vergeben, ohne auf Nachhaltigkeit zu schauen“

*LAbg. Murgg (KPÖ) bei Aktueller Stunde zu Kündigungen bei Wollsdorf Leder*

140 Arbeitsplätze werden bei Wollsdorf Leder in Weiz vernichtet. Nicht, weil die Firma keine Abnehmer für ihre Produkte mehr hat, sondern weil sie in Kroatien billiger produzieren kann. Auf Antrag der KPÖ hielt der steirische Landtag am 3. Juni eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema ab.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg zeigte in seiner Stellungnahme auf, dass das Unternehmen in den vergangenen Jahren einerseits Wirtschaftsförderungen erhalten, andererseits viel Geld an seine Eigentümer ausgeschüttet hat. Sobald die Garantien abgelaufen waren, an die die Förderungen geknüpft waren, wurden hunderte Arbeitsplätze nach Kroatien verlegt.

Werner Murgg: „Die öffentliche Hand zahlt, die Eigentümer kassieren die Gewinne, die Beschäftigten schauen durch die Finger. Dieser Vorgang ist kein Einzelfall, das hat in der



*KPÖ-LAbg. Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses*

Steiermark System, wenn man die Praxis der Wirtschaftsförderung betrachtet. Diese Förderungen haben keine Nachhaltigkeit.“

Das Unternehmen hat in den vergangenen Jahren 15 Mio. Euro für die Sanierung der Deposition in Weiz kassiert. Gleichzeitig wurden in diesem Zeitraum 4 Mio. Euro Gewinn an die Eigentümer ausgeschüttet.

Der Bilanzgewinn betrug im 2011 3,8 Mio. Euro, 2012 4,5 Mio. Euro und 2013 3,5 Mio. Euro. „Trotzdem fällt Landesrat Buchmann nichts anderes ein, als eine Kostensenkung für die Unternehmen zu fordern. Natürlich würde die zu Lasten der Beschäftigten gehen. Würde die Logik der angeblich zu hohen Lohnnebenkosten stimmen, gäbe es in der Schweiz und in Norwegen keinen einzigen Arbeitsplatz mehr“, so Murgg.

## Raumordnung: Seltsame Vorgänge rund um Einkaufszentren

Ein ungewöhnlicher Vorgang beschäftigt seit Juni den steirischen Landtag. Eine Koalition aus SPÖ und FPÖ versuchte im Ausschuss für Raumordnungsfragen überfallsartig eine Gesetzesänderung durchzusetzen. Diese hätte Einkaufszentren, die nach der heutigen Gesetzeslage schon eine zu große Verkaufsfläche haben, einen weiteren Ausbau ermöglicht. Über das Vorhaben wurde vorher nicht informiert.

Offenbar hat die Lobby der Einkaufszentren damit gerechnet, dass der Landtag ihren Wunsch erfüllt, denn in Seiersberg wurde schon auf einer Plakatfläche mit einer Vergrößerung geworben. Von einer weiteren Vergrößerung der Einkaufszentren raten Expertinnen und Experten aber dringend ab. Die Einkaufszentren sind längst überdimensioniert, verursachen große Verkehrs- und Umweltprobleme und saugen die Kaufkraft aus den Ortszentren ab, die dadurch aussterben und unattraktiv werden.

Die KPÖ wird in diesem

Ausschuss von LAbg. Werner Murgg vertreten. Murgg stellte sich gegen den Antrag, der schließlich nicht angenommen wurde: „Offenbar haben die Einkaufszentren Lobbying betrieben und sind bei FPÖ und SPÖ auf offene Ohren gestoßen. Das ist äußerst bedenklich.“

Bis heute ist unklar geblieben, wer die Gesetzesänderung betrieben hat und wie sie in den Ausschuss kommen konnte. Vorsitzender des Ausschusses ist der SPÖ-Abgeordnete und Knittelfelder Bürgermeister Gerald Schmid. Dieser rechtfertigte sich damit, dass „man“ an ihn herangetreten sei, weil es sich um eine wichtige Angelegenheit handle. Wer „man“ ist, wollte Schmid nicht verraten. Die Kleine Zeitung wies in einem Artikel am 27. Juni darauf hin, dass der FPÖ-Vertreter im Ausschuss, LAbg. Gerald Deutschmann, mit seiner Firma mehrere Bauprojekte in Seiersberg umgesetzt hat. Deutschmann hat sich vehement für die Gesetzesänderung eingesetzt.

# Abfallwirtschaft: Land geht vor Wirtschaftslobby in die Knie

**Seit Jahren versuchen große private Müllentsorger, Zugriff auf den von den Kommunen gesammelten Müll zu bekommen. Verwertbare Stoffe sollen aussortiert und zu Geld gemacht werden, bevor die Gemeinden den Müll abho-**

**len und selber nutzbringend verwerten.**

Die KPÖ hat im Landtag einen Vorschlag zu einer Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes vorgelegt, in der klar geregelt werden soll, dass der Müll im Eigentum der öffentlichen Entsorger verbleibt, sobald er in der Tonne landet.

Diese Idee wurde erfreulicherweise in einen Entwurf der Novelle eingearbeitet. Fast alle Stellungnahmen (Stadt Graz, Städtebund, Abt. 7 Land Steiermark, Dachverband der steirischen Abfallwirtschaftsverbände) beurteilten das positiv.

Lediglich die Firma Saubermacher und in deren Schlepptau die Wirtschaftskammer und der Verband der privaten Entsorgungsbetriebe protestierten, worauf dieser Vorschlag von SPÖ, ÖVP und FPÖ umgehend wieder aus der Novelle gestrichen wurde.

K P Ö - L A B g . Werner Murgg, der diese Novelle angeregt hat: „Dieses Beispiel zeigt wieder einmal auf traurige Weise, wer in Österreich tatsächlich das Sagen hat. Der

Wunsch der Firma Saubermacher ist den Regierungsparteien Befehl, da hat öffentliches Interesse zurückzustehen. Die öffentliche Hand muss in diesem sensiblen Bereich das Sagen haben. Traurig, dass dabei auch die SPÖ mitmacht, die ursprünglich unseren Antrag in den Entwurf einfließen ließ.“

Auf lange Sicht wird die Neuregelung im Interesse privater Müllverwerter die Entsorgung des Haus-

mülls für private Haushalte verteuern. Wenn sich private Firmen die Rosinen aus dem Kuchen picken, wird die Öffentlichkeit wieder einmal auf den Kosten sitzen bleiben, während Private die Gewinne kassieren.



Wem gehört der Müll?

## Behindertengesetz: Noch ein Schritt zurück



**Am 1. Juli hat der Steiermärkische Landtag mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die unsoziale Novelle des Steirischen Behindertengesetzes beschlossen, gegen die sich in den vergangenen Monaten breiter Widerstand formiert hat.**

SPÖ-LAbg. Zenz, Vorsitzender des Sozialausschusses, sprach davon, dass das neue Gesetz „klare Zuständigkeiten“ bringe. Gemeint ist damit, dass das Land seine bisherigen Zuständigkeiten per Gesetz abschafft, obwohl niemand da ist, der die Verantwortung in Zukunft übernimmt. Unter dem Titel „Teilhabe an der Arbeitswelt“ geschieht mit diesem Gesetz das genaue Gegenteil: Viele Menschen mit Behinderung, die jetzt eine Beschäftigung haben, werden durch den Wegfall des Lohnkostenzuschusses ihren Arbeitsplatz verlieren und zu Sozialfällen werden.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Mit dem Lohnkostenzuschuss wird eines der wirksamsten Instrumente abgeschafft, das Men-

schen mit Behinderung bisher geholfen hat, Beschäftigung zu finden. Viele werden auf der Strecke bleiben, niemand wird sie auffangen.“ Das gibt auch das Büro von Soziallandesrat Schrittwieser zu. Das Bundessozialamt spricht von zwei Dritteln der bisherigen Bezieherinnen und Bezieher dieser Leistung. Die SPÖ gab sogar zu, keine Zahlen zur Wirksamkeit des Zuschusses erhoben zu haben. Zynisch ist die Berufung der SPÖ auf einen Rechnungshofbericht – darin werden die nun erfolgten Streichungen nämlich gar nicht gefordert.

„Die BHG-Novelle besteht fast ausschließlich aus Streichungen bisher garantierter Leistungen für Menschen mit Behinderung. Vor nicht allzu langer Zeit war die Steiermark in diesem Bereich führend, jetzt erfolgt unter der selbst ernannten Reformpartnerschaft ein weiterer Schritt zurück. Anstatt sich der sozialpolitischen Verantwortung zu stellen, begnügt sich die SPÖ damit, die Verschlechterungen schönzureden“, so Klimt-Weithaler.

## „Öffentlicher Verkehr gehört in öffentliche Hand!“ Über 10 % Teuerung in zwei Jahren

In der Fragestunde der Landtagsitzung am 1. Juli konfrontierte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler Verkehrslandesrat Kurzmann (FP) mit den massiven Preiserhöhungen der im Verkehrsverbund zusammengeschlossenen steirischen Verkehrsunternehmen.

Am 1. Juli wurden die ÖV-Tarife in der Steiermark erneut um 5 Prozent angehoben. Damit erfolgt zum wiederholten Male eine Teuerung, die weit über der Inflationsrate liegt. Erst am 1. Juli 2013 wurden die ÖV-Tarife in der Steiermark um fünf Prozent erhöht. Somit wurden die Preise in nur zwei Jahren um über 10 Prozent angehoben. Die Steirerinnen und Steirer müssen also einen immer höheren Teil ihres Einkommens ausgeben, um öffentliche Verkehrsmittel nutzen zu können.

Grundlage für diese exorbitanten Tarifierhöhungen ist eine

Vereinbarung aller im Verbund vereinten Unternehmen, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucherpreisindexes durchzuführen. Dass es anders geht, zeigt das



Vorbild Linz. Dort wurde die Jahreskarte zuletzt um € 100,- billiger und kostet seit dem Jahr 2013 nur € 285,-. Wien und Salzburg arbeiten gerade an Jahreskarten um 365 bzw. 366 Euro.

In Graz kostet sie ab heute 399 Euro.

FP-Verkehrslandesrat Kurzmann lehnte eine Verbilligung der Fahrpreise ab. Klimt-Weithaler: „Diese völlig entgleitete Tarifpolitik muss endlich gestoppt werden. Das ist nur möglich, wenn der Steirische Verkehrsverbund wieder unter öffentliche Kontrolle gebracht wird.“ – auch Verbund-Geschäftsführer Alfred Hensle betonte in der Kleinen Zeitung vom 29. Mai 2014: „Preise und Angebot gehören in öffentliche Hände.“